

Revolutionäre Bewegungen in Tunesien und Ägypten Hat das nichts mit uns zu tun?

Es ist schon bemerkenswert, wie eifrig es die Medien und politischen Kommentatoren darauf anlegen, die revolutionären Mobilisierungen der Völker in Tunesien und Ägypten als ausschließliche Phänomene der „arabischen Welt“ darzustellen.

In diesen Ländern sollen die Menschen besondere Gründe dafür haben, sich zu erheben: die unerträgliche Verarmung und soziale Not, die Arbeitslosigkeit, die zerstörerischen Diktate des IWF im Namen der großen kapitalistischen Mächte.

Diese „Revolte in den arabischen Ländern“ hat nichts mit dem zu tun, was bei uns in den sogenannten entwickelten Ländern passiert?

Bei uns, in Deutschland, wo mehr als 11 Millionen Menschen in Armut leben; wo 54% der Jugendlichen unter 25 Jahren in prekären Billigjobs und „Arbeitsgelegenheiten“ beschäftigt sind; wo 15.000 Stellen im Öffentlichen Dienst wegfallen sollen, wo marode Schulen und Krankenhäuser, geschlossene Schwimmbäder und Jugendeinrichtungen, Suppenküchen für die Armen das Bild vieler Stadtviertel prägen? Einem Land, wo das Ende der solidarisch und paritätisch finanzierten gesetzlichen Krankenversicherung eingeläutet wurde?

Bei uns stellt sich nicht die Frage der Demokratie und Souveränität?

Der IWF hat von der ägyptischen Regierung ein drastisches „Reform“-programm zur Kürzung der öffentlichen Ausgaben verlangt. Denn es sei nicht länger hinnehmbar, dass Ägypten gegenüber dem IWF 29 Milliarden Schulden hat und ein Haushaltsdefizit von fast 9 Mrd. Dollar. Das Ergebnis: Die rigoros gegen die Bevölkerung umgesetzte Sparpolitik hat deren Erhebung provoziert.

Weit über 100 Milliarden Euro wurden in Deutschland zur Rettung der Banken und Spekulanten bereit gestellt, während EU und IWF ihren Druck verschärfen, um den Abbau der horrenden Staatsverschuldung - Folge eben dieser Rettungsprogramme - zu erzwingen.

Mit dem größten (80 Mrd. starken) Spar-/Verarmungsprogramm in der Geschichte unseres Landes lässt die Regierung Merkel die arbeitende Bevölkerung bluten.

Zur Abwälzung der Kosten der „Krise“ dient die – unter dem Druck der EU erfolgte - Implantierung der Schuldenbremse als feindlichen Fremdkörper in die vom Sozialstaatsprinzip bestimmte Verfassung.

Eine solche Schuldenbremse will Merkel im Rahmen ihres EU- „Paktes für Wettbewerbsfähigkeit“, eines „Pakts der sozialen

Kälte“ und des „Frontalangriffs auf die Arbeitnehmerrechte in Europa“ (DGB), jetzt allen Mitgliedsstaaten der EU verordnen.

Diese von EU und IWF im Interesse der Finanzmärkte und Konzernprofite erpresste Politik zerstört die gesamten sozialen Beziehungen und Errungenschaften, die die Arbeiterschaft in Deutschland mit ihren Organisationen, den Gewerkschaften und der SPD, nach 1945 erkämpft hat. Und diese Politik wird von den Regierungen gegen den Willen der großen Mehrheit des Volkes durchgesetzt.

Ist das die Souveränität eines Landes? Wo bleibt da die Souveränität des Volkes, die Demokratie?

Natürlich sind die Formen und der Grad des Entwicklungsprozesses nicht identisch.

In den Bundestagswahlen am 27. September 2009 haben über 6 Millionen vor allem Arbeitnehmerwähler dieser SPD der Schröder-Agenda-Politik und deren Fortsetzung in der Großen Koalition unter Merkel ihre Stimme verweigert. Sie haben revoltiert gegen eine Politik der konsequenten Umsetzung des EU-Diktats der „Haushaltskonsolidierung“, der Privatisierung und Demontage des Sozialstaats, der sozialen Sicherungssysteme, der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, der Zersetzung des Tarifvertragssystems, der Massenverarmung.

Am 9. Mai 2010 hat die Wählermehrheit, haben die ArbeitnehmerInnen in Nordrhein-Westfalen die CDU/FDP-Regierung unter Rüttgers davongejagt, weil sie endlich den politischen Wechsel wollten, den Bruch mit der Politik der EU und von Merkel. Ihr Zorn richtete sich aber auch wieder gegen eine SPD-Führung, die die Politik der bürgerlichen Regierungen in Düsseldorf und Berlin „kritisch begleitet“ hatte, bzw. als sie noch selbst die Regierungsverantwortung hatte, für die gleiche Politik verantwortlich war.

Die SPD, die Partei, die sich auf die politische Vertretung der Arbeitnehmerinteressen beruft, hat jeden politischen Kampf zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend gegen die Abwälzung der Kosten der Krise auf sie verweigert. Das Merkel erlaubte, ihr Blut- und Tränen-Programm gegen den Mehrheitswillen des Volkes durchzupeitschen.

Und das wirft eine zentrale Frage auf: wie kann der Wille der Bevölkerungsmehrheit die notwendige Kraft gewinnen, um die Politik der Antireformen der Regierung Merkel mit ihren immer neuen Schlägen gegen die arbeitende Bevölkerung und

Jugend – wie wir es jetzt gerade mit dem geplanten Leiharbeitsgesetz zur Zementierung von Lohndumping und Tarifflicht erleben – zurückzuschlagen?

In Tunesien waren es die Kollegen des Gewerkschaftsbundes UGTT, die die Arbeit der Komitees zur Verteidigung der Revolution organisiert haben. In den meisten Fällen waren Verantwortliche der UGTT Sprecher und Führer dieser Komitees. Diese Bewegung der

10.000en Kämpfer der UGTT hatte die Kraft, die Führung ihrer Gewerkschaft aus der Kooperation mit dem Regime von Ben Ali rauszureißen und die Gewerkschaft für die Organisation der revolutionären Bewegung des Volkes zu gewinnen.

Stellt sich nicht diese Frage, wenn auch in jeweils spezifischer Form, den Gewerkschaftern und politisch Engagierten in Deutschland wie in ganz Europa?

Gewerkschafter, Sozialdemokraten und politisch engagierte KollegInnen aus NRW schreiben in einer Erklärung vom 12. Dezember 2010 in Bezug auf die „Herbstaktionen“ des DGB, die nach Vorstellung der Gewerkschaftsführungen nur den Inhalt haben sollten, die Antireformen der Regierung Merkel unter Protest zu begleiten und sie, wenn möglich „korrigierend sozialvertraglicher und akzeptabler zu gestalten“: „Ist es nicht notwendig, unsere Gewerkschaften, die unabhängigen Gewerkschaften des DGB als die Kampfinstrumente für die Verteidigung der Arbeiterschaft gegen die arbeiterfeindliche Offensive von Regierung und Kapital zurückzugewinnen?“

Ist das nicht auch der Weg, durch die gewerkschaftlich organisierte Mobilisierung der Arbeiterschaft eine Kraft zu schaffen, die den SPD-Mitgliedern und –Wählern (und Stimmverweigerern) hilft, mit der Politik der SPD-Führung zu brechen und ihren Platz an der Seite der kämpfenden Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften einzunehmen?“ . (aus der Erklärung vom 12.12.)

Eine solche vereinte Mobilisierung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen eröffnet auch den Weg für eine Regierung, welche die arbeitende Bevölkerung und Jugend vor der Abwälzung der Krisenkosten schützt; für die Rücknahme der Antireformen und zur Wiederherstellung der erkämpften sozialstaatlichen Errungenschaften, der Flächentarifverträge, für das Wiederverbot der Leiharbeit, um der Arbeiterschaft einen würdigen Platz in der Gesellschaft zu garantieren

Carla Boulboulé